

Bei Umfragen wäre mehr Sorgfalt angebracht

Wenn Umfragen die politische Debatte so stark beeinflussen, wie dies beim CO₂-Gesetz der Fall ist, sollte die Art, wie Ergebnisse zustande kommen, klarer nachvollziehbar sein.
Gastkommentar von Georg Lutz

Umfrageergebnisse sind manchmal schwierig einzuordnen. Ein aktuelles Beispiel dazu: Zwei Tage nach dem Urnengang im Juni kam eine Umfrage zum Ergebnis, es seien vor allem die Jungen, die das CO₂-Gesetz abgelehnt hätten. Unter den 18- bis 35-Jährigen sei der Nein-Stimmen-Anteil bei 58 Prozent gelegen. Dieses Ergebnis wurde von zahlreichen Medien aufgenommen und führte zu einer öffentlichen Diskussion und zu Interpretationen über die Beweggründe der angeblich wenig klimafreundlichen Jungen.

Inzwischen ist auch die von der Bundeskanzlei in Auftrag gegebene Nachabstimmungsanalyse erschienen. Sie zeichnet ein ganz anderes Bild. Laut dieser Befragung waren es die Jüngeren, die dem CO₂-Gesetz viel deutlicher zugestimmt haben als die Älteren. Das Verhältnis ist da gerade umgekehrt: 62 Prozent der 18- bis 29-Jährigen und 58 Prozent der 30- bis 39-Jährigen stimmten Ja. In keiner Altersgruppe war die Zustimmung grösser. Wie ist das möglich?

Umfragen sind seit Mitte des 20. Jahrhunderts zu Recht ein wichtiges Instrument, um gesellschaftliche und politische Prozesse zu verstehen. Gegenüber Volkszählungen, die es seit dem 19. Jahrhundert gibt, ist es inhaltlich flexibler, schneller und kostengünstiger, nur einen kleinen Teil der Bevölkerung zu befragen. Über lange Zeit gab es einen Standard, wie wissenschaftliche Umfragen gemacht werden: Aus der Bevölkerung wurden Zufallsstichproben gezogen, und die ausgewählten Personen wurden schriftlich, telefonisch oder persönlich befragt. Zufall ist der beste Mechanismus, um einen repräsentativen Schnitt durch die Bevölkerung zu bekommen, und erlaubt es, den möglichen Fehler der Ergebnisse zu berechnen.

Durchbruch von Online-Befragungen

Die etablierte Methodik für Umfragen kämpft mit Problemen. Der Anteil der Personen, die spontan bereit sind, an einer Umfrage mitzumachen, sank in den letzten dreissig Jahren deutlich. Auch sind Stichproben nicht mehr so einfach zu ziehen. Lange konnte man in der Schweiz das Telefonverzeichnis für Stichproben nutzen. Fast alle Haushalte hatten einen Festnetzanschluss und waren im Telefonverzeichnis aufgeführt. Inzwischen ist ein erheblicher Teil vor allem der jüngeren Bevölkerung nicht mehr in einem Telefonverzeichnis aufgeführt oder verfügt auch über keinen Festnetzanschluss mehr. Damit kann man das Telefonregister nicht mehr für Stichprobenziehungen nutzen, und auch reine Telefonumfragen sind deutlich schwieriger geworden.

Der wichtigste Wandel in den letzten zwanzig Jahren ist jedoch die zunehmende Nutzung des Internets für Befragungen. Online-Befragungen haben einige Vorteile. Die Befragten können selbst wählen, wann sie mitmachen, Kosten für Interviewer fallen weg, und die Daten sind einfach verfügbar. Online-Befragungen werden inzwischen auch bei qualitativ hochstehenden Befragungen in der Wissenschaft oder bei der Bundesverwaltung eingesetzt, manchmal auch in Kombination mit anderen Befragungsarten wie dem Telefon oder dem traditionellen Papierfragebogen. Wie man befragt, kann zwar auch zu Verzerrungen führen, ist aber kaum der entscheidende Qualitätsfaktor.

Die zentrale Herausforderung bei Online-Befragungen besteht darin, dass es keine Verzeichnisse von Internetnutzerinnen und -nutzern oder von E-Mail-Adressen gibt, um Zufallsstichproben zu ziehen und mit ausgewählten Personen Kontakt aufzunehmen. Um dieses Problem zu lösen, werden verschiedene Ansätze gewählt. Das Bundesamt für Statistik oder auch wissenschaftliche Studien nutzen Zufallsstichproben aus Bevölkerungs- oder Adressregistern und schreiben dann die ausgewählten Personen oder Haushalte per Post an. Eingesetzt werden dabei Geschenke und Erinnerungsschreiben, um die Motivation, an einer Umfrage mitzumachen, zu steigern. Wer hohen Aufwand, Zeit und Kosten nicht scheut, kann so weiterhin sehr hohe Antwortquoten von teilweise über 50% erreichen.

Da dieses Vorgehen teuer und relativ langsam ist, haben vor allem kommerzielle Anbieter angefangen, sogenannte Access- oder Opt-in-Panels aufzubauen. Solche Panels sind Pools von Personen, die immer wieder angefragt werden, an einer Befragung mitzumachen. Einige Anbieter nutzen die Partnerschaft mit Medienhäusern, um via Online-Seiten Personen auf eine Umfrage zu leiten und danach Befragte für das eigene Panel zu rekrutieren. Andere nutzen soziale Netzwerke oder rekrutieren via Post oder Telefon für ihre Panels, zum Teil auch mittels Zufallsauswahl. In der Schweiz verfügen einige dieser Panels über einen Pool von über 100 000 Personen.

Da die Rekrutierung für die Panels alles andere als zufällig ist, ist bei dieser Art von Befragung die Gewichtung der Daten zentral. Gewichtungen werden zwar auch bei Zufallsstichproben eingesetzt, um mögliche Verzerrungen auszugleichen. Bei Access-Panels sind die Gewichtungsmodelle hingegen das eigentliche Kernstück, um ein Abbild der Bevölke-

rung zu erhalten. Verwendet werden für die Gewichtung meist in der Gesamtbevölkerung bekannte und einfach verfügbare Indikatoren wie Geschlecht, Alter, Wohnort, Bildung oder Parteipräferenz.

Ob es mit klugen Gewichtungsmethoden bei dieser Art von Umfragen möglich ist, verlässliche Aussagen zu machen, ist in der Wissenschaft umstritten. Einige argumentieren, dass dies sehr wohl möglich sei, wenn man über das notwendige statistische Wissen und Erfahrungen verfüge. Kritiker hingegen argumentieren, dass mangels klarer Standards und methodischer Grundlagen solche Daten nicht verlässlich seien. Bei Merkmalen wie Geschlecht, Alter oder Wohnort ist unklar, wie relevant sie sind, um Verzerrungen auszugleichen. Da immer neu rekrutiert wird und die Motivation, bei einer Befragung teilzunehmen, je nach Thema der Befragung stark variiert, lassen sich zudem nur Erfahrungswerte nutzen.

Insgesamt überwiegt in der Wissenschaft oder für die öffentliche Verwaltung klar die Skepsis gegenüber dieser Art von Datengewinnung. Auch wenn Online-Befragungen inzwischen akzeptiert sind, sind Umfragen auf der Basis von Zufallsstichproben weiterhin der wissenschaftliche Goldstandard: Access- oder Opt-in-Panels sind mit zu grosser Unsicherheit und zu geringer Transparenz dabei behaftet, wie für ein Panel rekrutiert und wie gewichtet wurde. Bei kommerziellen Anbietern sind zudem detaillierte Angaben oder Rohdaten selten verfügbar, um dies unabhängig nachvollziehen zu können.

Wohin geht die Reise?

Durch die grösser gewordene Vielfalt, wie Daten erhoben werden, ist es gleichzeitig schwieriger geworden, eine qualitativ hochstehende Datenerhebung zu konzipieren oder einzuschätzen, wie verlässlich eine Datenerhebung ist. Die Qualität von Umfrageergebnissen ist von einer Vielzahl von Faktoren abhängig. Die Anzahl Befragter, die gerade bei Access-Panels oft beeindruckend gross ist, ist dabei ein vernachlässigbares Kriterium. Ebenso ist die Frage, ob es eine Online- oder eine Telefonbefragung ist, wenig entscheidend. Entscheidender sind eine sorgfältige Planung und Durchführung der vielen Schritte einer Befragung. Wie bei vielem gilt: Wer wenig zahlen will und wenig Zeit hat, bekommt auch Daten und Ergebnisse, die wenig zuverlässig sind.

Gerade wenn Umfragen die politische Debatte stark beeinflussen, wie beim eingangs erwähnten Beispiel, sollte zumindest die Art, wie Ergebnisse zustande kommen, nachvollziehbar sein. Das gilt zwar auch für herkömmliche Befragungen. Da sich Opt-in-Panels ausserhalb erprobter Methoden und Standards bewegen, wäre mehr Transparenz dort jedoch zentral. Auftraggeber und Institute, die solche Befragungen durchführen, haben auch eine politische Verantwortung.

Wünschenswert wäre, dass für solche Befragungen Verantwortliche selbstkritischer und sorgfältiger bei der Interpretation der Ergebnisse wären und künftig unaufgefordert ihre Rohdaten und ihre Methodik zur Verfügung stellen, wie das in der Wissenschaft üblich geworden ist. Dies würde es ermöglichen, künftig verlässliche Standards für diese Art von Erhebungen und Gewichtungen zu entwickeln. Solange das nicht der Fall ist, sind Ergebnisse solcher Umfragen mit grosser Vorsicht zu geniessen.

Georg Lutz ist Professor für Politikwissenschaft und Direktor des nationalen Forschungszentrums FORS, das diverse grosse wissenschaftliche Befragungen verantwortet und auch zu Umfragemethodik forschet.

Wer wenig zahlen will und wenig Zeit hat, bekommt auch Daten und Ergebnisse, die wenig zuverlässig sind.